

Launus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königsstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Naissausche Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile: 20 Pfennig für umfängliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Zeile: 30 Pfennig für umfängliche und auswärtige Anzeigen, 20 Pfennig für hiesige Anzeigen; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenänderung und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen in

Mittwoch
11
Dezember

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird häufig bei gerichtlicher Beirathung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 3.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 3 1/2 Uhr vormittags an den Geschäftsstellen eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird nicht bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 194 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königsstein im Launus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königsstein im Launus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Verschärfung der Blockade.

Ein deutscher Protest.

Berlin, 9. Dez. (W. B.) Antlitz. Die deutsche Regierung sendete den gegnerischen Regierungen auf dem diplomatischen Wege folgende Note:

Warschau, 8. Dez. 1918. Der Waffenstillstands-Kommission die Entscheidung zugehen, wonach der Lebensmittelverkehr und der gesamte Verkehr der geräumten linksrheinischen Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit den übrigen Teilen Deutschlands unterbunden wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen sei. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung den schärfsten Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in unauflöslichem Widerspruch steht. Die angekündigte und teilweise schon durchgeführte Maßnahme gibt der bisherigen Blockade eine Ausdehnung auf die Sperrmaßnahmen zu Lande, die mit dem Wesen der Blockade in Widerspruch steht und allen Völkern seit den Zeiten der englischen Kontinentalperre gegen Frankreich fremd ist. Die angeführten Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über die Blockade stützen sich daher auch sinngemäß in dem Abschnitt „clausus navalis“ und fordern nur die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Umfang. In der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welcher die deutsche Frauen- und Kinderwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten umso mehr angewiesen, als das deutsche Volk die Versorgung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Blockadebestimmungen des Waffenstillstandes in Aussicht gestellt ist, überhaupt noch nicht erhalten hat.

Diese Entscheidung verletzt weiter die Vorschrift des letzten Absatzes des Artikels 4 des Waffenstillstandsabkommens, wonach keine allgemeinen staatlichen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge hätten. Durch die verfügte Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren Entwertung eintritt. Die Produktionsunmöglichkeit zwingt wiederum zur Verringerung des Personals, und Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich abgetrennten urdeutschen Gebieten sind die unabwendbaren Folgen.

Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu regeln, daß unbeschadet des Aufsichtsrechtes der Alliierten eine vollkommene Verkehrs- und Handelsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

gez. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die englische Kommission in Hamburg.

Hamburg, 9. Dez. (W. B.) Heute nachmittag ist die englische Besatzungskommission auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Der Kommission sind deutscherseits zugeleitet: Korvettenkapitän A. Lohmann vom Reichsmarineamt, mehrere Seeoffiziere, Direktor Greve vom Norddeutschen Lloyd und Direktor Worch von der Vereinigten Bugler- und Kraft-Schiffahrts-Gesellschaft. Die englische Kommission ist zusammengefasst aus einem Admiral, sowie drei weiteren englischen und französischen Marineoffizieren. Sie bleibt voraussichtlich zwei Tage hier und beichtigt die für die Instandsetzung in Frage kommenden in Hamburger Hafen liegenden etwa 30 englischen Handelschiffe. Französische Schiffe liegen nicht im Hafen. Ein englischer Zerstörer wird an den St. Pauli-Landungsbrücken festmachen.

Berlin, 10. Dez. Eine englische, eine französische und eine belgische Militärkommission sind gestern in Berlin eingetroffen.

Die Geheimverträge der Entente.

Amsterdam, 9. Dez. (W. B.) Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ verlangt die radikale englische Wochenchrift „Nation“ eine definitive Aufklärung darüber, ob die Geheimverträge der Alliierten (mit Ausnahme der russischen) noch zu

Recht bestehen. Die Beforgnis sei gerechtfertigt, daß sie nicht tot seien. Nach diesen Geheimverträgen würde Frankreich das linksrheinische Ufer und die Zustimmung zur Bildung eines Pufferstaates auf dem rechten Rheinufer erhalten, Italien große Stücke rein slawischen Gebietes. Poincaré und Sonnino, die bei diesen Abmachungen die Hauptrolle gespielt hätten, seien noch immer im Amte. Keiner von beiden habe bisher erklärt, daß die Verträge nicht mehr in Kraft seien. Es gehe nicht an, diese Frage jetzt mit der Begründung unbeachtet zu lassen, daß diese Frage auf der Friedenskonferenz geregelt werde, denn die Schaffung von vollendeten Tatsachen sei in der europäischen Politik sehr beliebt. Die Schwere der Sache, die hinterher wieder ungeschehen zu machen, sei in der europäischen Geschichte eine bekannte Erscheinung.

Die Vorgänge in Berlin.

Eine Rede Eberts.

In einer imposanten Rundgebung von über 20 000 Anhängern der aus dem Boden Eberts stehenden sozialdemokratischen Partei, die am Sonntag im Lustgarten zu Berlin stattfand, ergliff der mit stürmischem Jubel begrüßte Volksbeauftragte Ebert das Wort:

Er stellte fest, daß die Macht und die Massenhaftigkeit dieser Demonstration den Beweis dafür liefere, daß die Berliner Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit der stürmischen Forderung der alten Sozialdemokratie folge, und führte aus: Wir Sozialdemokraten wollen Frieden, Freiheit und Brot. Gelingt es uns nicht, den in den nächsten Tagen ablaufenden Waffenstillstand zu erneuern, so sind die Errungenschaften der Revolution verloren. Ihre Sicherheit kann nur erzielt werden, wenn Ordnung und Festigkeit herrschen, und das sagt voraus, daß die Demokratie reiflos auf allen Gebieten und unangefastet zum Ausdruck gebracht wird. Meinungs- und Gewissensfreiheit müssen die Grundlagen der jungen Republik bleiben. Ohne Demokratie keine Freiheit. Gewalt, einerlei von wem sie angewandt wird, ist immer reaktionär. (Stürmische Zustimmung.) Die alten Tyrannen sind verjagt, mit dem Fluch des Unglücks, das über uns gekommen ist. Mit Verzicht, das alte Regime neu zu beleben, werden wir mit äußerster Entschlossenheit niederzupfen. Aber ebenso begreifen wir auch der Aufrechterhaltung jeder neuen Gewalttherrschaft, die verhindern will, daß unser Volk in freier Wahl sein Schicksal selbst bestimmt. Täglich rufen Liebknechts fanatische Anhänger zur Gewalt, täglich verteilen sie Waffen, täglich drohen sie die Regierung der Republik mit Waffengewalt anzugreifen. Wir werden mit äußerster Entschlossenheit allen diesen Versuchen begegnen. (Vielfache Zurufe: Wort halten, Zupacken!) Wir sind keine Regierung der Gewalt. Unsere Legitimation der Regierung beruht einzig und allein auf dem Willen unseres Volkes. Solange aber unser Volk nicht in freier Wahl seine Regierung selbst bestimmen kann, solange bleibt jede Regierung ein Provisorium. (Sehr wahr!) Deshalb ist es unerlässlich, daß nächstens die konstituierende Nationalversammlung kommt. Erst die Konstituante, zu der Männer und Frauen demokratisch wählen, kann den Sieg der Revolution sichern. Die Konstituante wird der Sieg der Sozialdemokratie sein.

Ruhe in Berlin.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) In Berlin herrschte gestern in allen Stadtteilen vollkommene Ruhe. Es fanden keinerlei Umzüge oder Kundgebungen statt; auch ist von Streiks nichts bekannt geworden. In den Hauptverkehrsstraßen macht sich durch Zustrom der Heimkehrer und Entlassenen starker Weihnachtsverkehr bemerkbar. Die Verkehrsmittel sind stark überfüllt. Der Verkehr widelt sich aber ohne jede Störung ab.

Ein Gelöbnis der Truppen.

Berlin, 9. Dez. (W. B.) Im Stiglitz-Kathaus hat sich heute abends 7 Uhr ein feierlicher Akt vollzogen. In Gegenwart der Volksbeauftragten Ebert, Haase, Dittmann und des Kriegsministers haben Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der deutschen Jäger-Division und der Garde-Avalle-rie-Schützenbrigade für sich und die von ihnen vertretenen Kameraden das feierliche Gelöbnis zur einigen deutschen Republik abgelegt. Volksbeauftragter Ebert leitete die kurze Feier mit folgenden Worten ein:

„Sie kehren aus dem Gefühls des Krieges zurück und

sehen sich in der Heimat gewaltigen Veränderungen gegenüber. Das alte System ist gestürzt. Die deutsche Regierung ist gewillt, neue Verfassungsformen zu schaffen, die die schweren Wunden heilen sollen, welche unser Land in den Jahren des Volkshasses davongetragen hat. Wir sind von unserem Volke mit der einstweiligen Führung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Frieden, Freiheit und Ordnung werden die Sterne sein, denen wir folgen werden. Wir dürfen hoffen, daß Sie uns bei der Lösung der schwierigen Aufgaben unterstützen werden. Ich bitte Sie, folgendes Gelöbnis abzugeben: Wir geloben zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die einige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung und den Rat der Volksbeauftragten einzusetzen.“ — Darauf ergriff Generalleutnant Requis das Wort und wiederholte die Gelöbnisformel für alle anwesenden Militärpersonen. Die so auf die Republik und die Reichsregierung verpflichteten Truppen werden morgen ihren Einzug durch das Brandenburger Tor halten.

Unsere Ostafrikaner.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Aus Mitteilungen der Vertreter der Alliierten geht hervor, daß die Abbeorderung der Schutztruppe des Generals Lettow-Vorbeck auf englischen Schiffen und daß die Auslieferung voraussichtlich in Rotterdam erfolgen soll. Auf einen dringenden Antrag der deutschen Regierung, daß auf diesen Schiffen auch die Frauen und Kinder, sowie die schwerkranken Männer aus Deutsch-Ostafrika heimgeführt werden, erging bisher eine Antwort noch nicht. Auch sind die Namen der bis zuletzt bei der Schutztruppe gewesenen Europäer noch nicht mitgeteilt. Anfragen hierüber bei den betreffenden Behörden erübrigen sich daher, da derartige Nachrichten stets sofort veröffentlicht werden.

Ueber die Kapitulation des Generals Lettow-Vorbeck teilt die englische Regierung mit, daß dieser Truppe gestattet wurde, die Waffen zu behalten, daß sie einschließlich der farbigen Truppen zunächst durch England verpflegt und besoldet würden und daß die ihr angehörenden Europäer auf dem Heimtransport wie gewöhnliche Passagiere behandelt werden sollen.

Posttrennung der Rheinlande von Preußen.

Trier, 9. Dez. (W. B.) Die in weiten Kreisen der hiesigen Bevölkerung einsetzende Bewegung für die Posttrennung der Rheinlande von Preußen hat die Kölner Rundgebung am Dienstag abend mit Freuden begrüßt und folgendes Telegramm an Justizrat Dr. Trimborn in Köln geschickt: „Die Führer der Bewegung für einen freien Rheinland trierischen Landen begrüßen begeistert die Kölner Rundgebung. Sie werden, wie seit Monaten, an dem erstrebten Ziele Hand in Hand mit Köln weiterarbeiten.“

Freigabe der Rheinschifffahrt.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, daß die Rheinschifffahrt jetzt freigegeben ist. Sie steht unter der Kontrolle der in Köln eingetroffenen interalliierten Schifffahrts-Kommission. In Duisburg, Emmerich, Straßburg und Mannheim hat diese Unterausschüsse bestellt. Die deutsche Regierung hat in Köln ein Kommissariat errichtet, das ein Dienstgebäude in der Eisenbahndirektion hat. Alle Beschränkungen über die Rheinschifffahrt sind an die interalliierte Schifffahrtskommission zu richten.

Die Untersuchung gegen Thyssen und Stinnes.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Die in Wilhelm (Ruhr) verhafteten Groß-Industriellen August Thyssen, Fritz Thyssen junior, Eduard Stinnes und andere sind nach Berlin gebracht worden und werden dort in Sicherheit gehalten, bis die Voruntersuchung soweit gefördert ist, daß die ihnen vorgeworfene angeblich landesverräterische Tätigkeit überblickt werden kann. Das preussische Staatsministerium ordnete die größte Beschleunigung an.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Berlin, 9. Dez. (W. B.) Dem Erzbischof von Köln ist von der preussischen Regierung auf seine bei ihr eingelegte Verwahrung gegen die Trennung von Staat und Kirche geantwortet worden, daß wegen dieser Frage zu-

nächst nur allgemeine Erwägungen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden haben. Sollte die Angelegenheit festere Gestalt gewinnen, so würde zunächst die preussische Regierung damit befaßt werden müssen.

Der Einzug der Garde in Berlin.

Berlin, 10. Dez. Ein Teil der Garde, die Garde-Kavalleriedivision hält heute ihren Einzug in die Reichshauptstadt. Unübersehbare Menschenmassen säumen die Straßen, die die einziehenden Truppen passieren. Auf einem der großen Plätze des Westens haben sich die Regimenter, die in den letzten Tagen zwischen Potsdam und Spandau zusammengezogen worden waren, versammelt. Kurz nach 11 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Eine Maschinengewehrschwadron der Gardegeschützen eröffnete den Zug. Ihr folgten Offiziere, der Stab der Division, dahinter ein Bundesbataillon, gebildet aus Abteilungen der vier größten Bundesstaaten Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, und dann in endloser Folge Kavallerie-Regimenter der Division, Jäger, Artillerie, Dragoner, Ulanen und Husaren. Mit grünen Tannenzweigen, mit Flaggen und Fähnchen in den Farben aller Bundesstaaten sind die Gewehre und Fahrzeuge geschmückt und in buntem Flaggen- und Blumen Schmuck prangen die Straßen, durch die der Zug geht. Stürmischer Jubel bracht den Truppen entgegen. Angehörige, Frauen und Kinder, drängen sich zwischen die Reihen und marschieren am Arm ihrer Brüder und Männer. Kinder erklettern die Fahrzeuge, die Geschütze und Maschinengewehre, schwingen sich auf die Pferde und ziehen mit, dem Brandenburger Tor und den Linden zu. Immer lauter und stürmischer wird der Jubel, dessen Abglanz sich auf den Gesichtern der einziehenden Soldaten spiegelt. Nur in den starr geraden, aus gerichteten Blicken der Offiziere kommt die ganze Tragik dieses Einzuges zum Ausdruck. Unbesiegt, aber doch anders, als so viele es sich ausgemalt hatten, kehren sie aus den Schlachten und Entbehrungen des Krieges in die Heimat zurück. Auf dem Pariser Platz findet die Begrüßung durch die Regierung, den Volksrat und die städtischen Behörden statt. Ebert im Namen der Volksbeauftragten und Oberbürgermeister Wermuth im Namen der Stadt Berlin heißen Offiziere und Mannschaften willkommen. Brausendes Hoch- und Hurraufen grüßt die Tapferen, die noch in den ersten Novembertagen in den erbitterten Kämpfen in der Champagne sich mit Ruhm bedeckt, aber leider auch so schwere Verluste erlitten haben, daß einzelne Regimenter bis auf eine Handvoll Leute zusammengeschmolzen sind. Nur 48 Mann und zwei Offiziere vom Garde-Artillerie-Regiment, das in diesen Kämpfen fast völlig aufgerieben wurde, sind zurückgekehrt. Und auch die Reihen der anderen Regimenter sind stark gelichtet. Ueber drei Stunden dauerte der Vorbeimarsch.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Volksbeauftragter Ebert richtete am Brandenburger Tor an die einziehenden Gardetruppen folgende Ansprache:

Kameraden! Seid willkommen in der deutschen Republik, herzlich willkommen in der Heimat, die sich lange nach Euch gesehnt und deren bange Sorge Euch ständig umschwebt hat. In diesem Augenblick, da wir Euch am heimatischen Herd begrüßen, gilt unser erster Gedanke den teuren Toten. Ach, so viele kehren nimmer wieder. Hunderttausende ruhen in Feindesland in stillen Gräbern. Andere Hunderttausende mußten vor dem Ende des Kampfes zurückkehren, verletzt und verblüdet von den feindlichen Geschossen. Ihnen allen, die sich für den Schutz der Heimat aufgeopfert haben, gebührt unaussprechlicher Dank. Wir können ihren Opfern nicht vergelten. Bloße Worte sind zu schwach ihnen zu danken. Was wir ihnen an Taten der Dankbarkeit darbringen können, das wollen wir ihnen in Treue leisten. Der Verbesserung des Loses der Kriegshinterbliebenen und Kriegsinvaliden galt das neue deutsche Volksstaates erste Verfügung. Ihr seid dem gräßlichen Gemetzel entronnen. Froh begrüßen wir Euch in der Heimat. Seid willkommen von ganzem Herzen. Kameraden, Genossen, Bürger! Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Uebermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben, und getreu Euren Heldennuten gegenüber war es eine Pflicht, nicht noch zwecklose Opfer von Euch zu fordern. Allen Schrecken habt Ihr mannhaft widerstanden — Mannschaften und Führer —, sei es in den Kreidezügen der Champagne, in den dümpeligen Flandern oder auf den eisigen Bergen Sibiriens. Unendliche Leiden habt Ihr erduldet und unergängliche Proben Eures unvergleichlichen Mutes Jahr um Jahr abgelegt. Ihr habt die Heimat vor dem feindlichen Einfall geschützt, Ihr habt von Euren Frauen, Euren Kindern und Euren Eltern den Mord und den Brand des Krieges ferngehalten, sowie Deutschlands Fluren und Wälder vor der Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat in überströmendem Gefühl. Erhobenen Hauptes dürft Ihr zurückkehren. Nie haben Menschen Größeres geleistet und gelitten als Ihr. Namens des deutschen Volkes sage ich Euch tiefstimmigen Dank. Noch einmal einen herzlichen Willkommengruß in der Heimat.

Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden, die deutsche Freiheit ist erstanden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt und sich selbst zum Herrn über das eigene Geschick gemacht. Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit, Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft. Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten. An Euch dachten wir, als wir mit dem verhängnisvollen System aufräumten, für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit Ihr Recht errungen. Nicht mit

reichen Gaben können wir Euch empfangen, nicht Behaglichkeit und Wohlstand Euch bieten; unser unglückliches Land ist arm geworden, schwer lastet auf uns der Druck harter Gebote der Sieger. Aber aus dem Zusammenbruch wollen wir ein neues Deutschland zimmern mit der rüstigen Kraft und dem unerschütterlichen Mut, den Ihr tausendfach bewährt. Betteitend standen Angehörige aller deutschen Stämme draußen im Kampf, Angehörige aller deutschen Stämme stehen vor uns; Schulter an Schulter habt Ihr gemeinsam gerungen, geopfert und geblutet, Not und Tod ins Auge gefaßt. Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand. Sorgt Ihr dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaateneben uns wieder überrennt, daß nicht die alte Zerrissenheit unsere Niederlage vervollständigt. Rettet Ihr die Einheit der deutschen Nation, die Ihr nun Bürger werdet der einen, der untrennbaren deutschen Republik. Und dann geht mit uns an den Wiederaufbau des Zerstörten. Oft wenn Ihr draußen Euren graufigen Handwert obliegen mühtet, zog Euch die Sehnsucht nach der friedlichen Arbeitsstätte zurück, zum Kulturort daheim. Die sozialistische Republik, die Euch durch mich grüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein. Arbeit ist die Religion des Sozialismus, arbeiten müssen wir mit aller Kraft, mit ganzer Hingabe, sollen wir nicht zugrunde gehen und verkommen, sollen wir nicht zum Bettelvolk herabsinken. Ein Reich der Zerstörung habt Ihr verlassen, die Pforten neuen Schaffens tut Ihr Euch auf. Eure Lastrast, Euer Mut, die draußen nie erlahmten, müssen uns zu neuem Friedensglück führen. Bald schlägt die erste Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes. Ihr legt die Waffen aus der Hand, die, getragen von den Söhnen des Volkes, dem Volke nie Gefahr, sondern nur Schutz sein sollten. Ihr sollt mitwirken an dem großen Werk der neuen deutschen Zukunft — der Zukunft unseres Volkes dessen Glück Eure fleißigen Hände erbauen müssen von Grund auf. — Und so laßt mich Eure Treue zur Heimat, die uns allen gemeinsame Liebe zur Einheit Deutschlands, unsern Stolz auf die Freiheit und die große unteilbare deutsche Republik zusammenschließen in den Ruf: „Unser deutsches Vaterland, die deutsche Freiheit, der freie Volksstaat Deutschland, sie leben hoch!“

Die Besetzung von Mainz.

Mainz, 10. Dez. Von heute mittag 12 Uhr ab wurde der Personenverkehr über die Mainzer Eisenbahnbrücke eingestellt. Die rechts des Rheines laufenden Züge verkehren zunächst noch weiter. Soweit aus der Provinz Rheinhesen Meldungen vorliegen, sind in Worms französische Vortruppen am 6. Dezember abends eingetroffen. Am Samstag erfolgte die Uebernahme der Post und die vorläufige Sperrung des Telegraphen- und Telefonverkehrs. Die Besatzungstruppen, die im Laufe des Tages erwartet wurden, sollen etwa 2000 Mann betragen. — In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde im Eisenbahnbetrieb im linksrheinischen Gebiete die französische Zeit eingeführt. Die Bezeichnung lautet für die frühere Zeit M. E. 3., für die jetzige W. E. 3. auf den verschiedenen Fahrplänen.

Mainz, 10. Dez. Auf Anordnung des französischen Militärbefehlshabers für Mainz haben alle deutschen Militärpersonen (Offiziere, Sanitätsbeamten, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften) den französischen Offizieren die vorchriftsmäßige Ehrenbezeugung zu erweisen. Ungehörig gegen diesen Befehl wird streng bestraft.

Eine Bitte der Rheinlande.

Ahn, 10. Dez. (W. B.) Der Oberbürgermeister Adenauer richtete, wie die „Ahnische Volkszeitung“ meldet, folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten Friedrich: „Im Namen der Metropole der nach untrüglichen Mitteilungen aufs schwerste gefährdeten Rheinlande bitte ich aufs dringendste, den Reichstag zur Bestätigung der Regierung Ebert — Haase nach Limburg an der Lahn oder nach Koblenz sofort einzuberufen. Eine zu Friedensverhandlungen fähige Regierung sofort herzustellen, ist die dringendste nationale Notwendigkeit. Nur auf diesem Wege ist ihre sofortige Schaffung möglich.“

Lokalnachrichten.

* Königstein, 11. Dez. „Welcher Partei schließe ich mich an?“ lautete das Thema der gestern Abend im Hotel Procasty stattgehabten Wahlversammlung. Der Einberufer, Herr Anthes von hier, war mit der Abhaltung derselben der Anregung gefolgt, welche Zsl. Dr. Wertheimer in der am Sonntag Abend stattgehabten Frauenversammlung gegeben und die dahin zielte, es möchte den Wählern zur Nationalversammlung, vornehmlich den bisher politisch ferngehaltenen Frauen Gelegenheit gegeben werden, in öffentlichen Versammlungen sich über Arbeit und Ziele der einzelnen politischen Parteien zu unterrichten. Und so waren gestern Abend auch zu meist Frauen und Mädchen der Einladung gefolgt, zur festgesetzten Zeit war der Saal wieder dicht besetzt. Herr Anthes beantwortete die der Versammlung gestellte Frage in einfachen Worten mit der Beantwortung der Fragen: wer hat den Frauen das Wahlrecht, wer hat das freie Wahlrecht gebracht? wer hat das Kriegsende herbeigeführt? Wie er für das Zustandekommen der in diesen Fragen gestellten Ziele der Sozialdemokratie das alleinige Verdienst zusprach, so bat er auch, zur kommenden Nationalversammlung der Sozialdemokratie und zwar den Mehrheitssozialisten die Stimme zu geben. Viel zu arbeiten sei noch auf dem Gebiete der Jugendberziehung. Gegen den Wucher, Schleichhandel und die Hamsterer werde die Sozialdemokratie den Kampf aufnehmen, durch die Trennung von Staat und Kirche würden dem ersten jährlich 30 Millionen erspart. Es werde gefordert

werden, daß auch in Preußen die Ernährung besser gestellt werde, die von den Junkern aufgeschobenen Vorräte seien heranzuziehen, ihr Großgrundbesitz solle für die Allgemeinheit aufgeteilt werden. Die Wohnungsnot werde durch Unterbindung der Grundstückspekulation, die allgemeine wirtschaftliche Lage durch Verstaatlichung der großen Betriebe und hierdurch herbeigeführte Verbilligung der Arbeitsprodukte trotz erhöhter Löhne gebessert werden; auch die namentlich durch die Frauen mit ihrem Haushaltsgeld in den Aufschlag auf die Lebens- und Genussmittel bezahlten hohen Steuern müßten gemildert werden. Noch deutlicher, als es Herr Anthes in ungeübter Rede möglich war, zeichnete und erläuterte nach ihm Herr Friedlein aus Frankfurt das Programm der Sozialdemokratie, die jetzt kämpfe für Liebe, Freiheit, Brot. Sie erstrebe die Gleichstellung, die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne in allen Berufen, soweit dem nicht ihr Naturberuf entgegenstehe; die Einheitschule; Verstaatlichung der Betriebe und Produktionsmittel, vorerst allerdings nur der größeren; stärkere Besteuerung der hohen Gewinne bzw. Einziehung der Kriegsgewinne; Beseitigung des Fideikommiss- und Großgrundbesitzes; Entwicklung des Transportwesens und der Eisenbahnen; Verstaatlichung des Medizinalwesens; Kolonialpolitik auch, aber auf Grund von Kultur und Humanität. Durch die von der Sozialdemokratie erstrebte materielle Gleichstellung hoffe sie den Egoismus, den schärfsten Feind der Menschheit, zu bannen. Auch Herr Dr. Abel aus Königstein sprach auf Wunsch zu dem Thema des Abends. Er gab persönliche Erlebnisse aus seiner Militär-, Studium- und Berufszeit wieder, deren Erfahrungen ihn schon zur Zeit des Erlebens zu dem Schlusse brachten, daß es in Deutschland der bürgerlichen Klasse an politischem Mut fehle, den in seinen Ergebnissen allein die Sozialdemokratie gezeigt und beseffen habe. Sie sei die Kulturträgerin und auch heute allein im Stande und berufen, uns den Frieden zu bringen. Denn sie allein habe Beziehungen zu allen anderen Ländern und nur sie verdiene die Unterstützung der Wähler. Die Ausführungen der Redner, besonders ihre Bemerkungen, den Zuhörern Auffassung auf politischem Gebiete zu bringen, fanden bei diesen freudigste Aufnahme und ungeteilte Aufmerksamkeit.

* Der Turnverein hielt gestern Abend in seinem Vereinslokal „Zum Hirsch“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Es war dieses die erste Versammlung, welche seit Beginn des Krieges stattfand, und hatte sie sich auch guten Besuches zu erfreuen. Der Präsident Herr Adolf Filscher entbot den anwesenden Kriegsteilnehmern ein herzliches Willkommen in der Heimat im Namen des Vereins, gedachte der verstorbenen oder gefallenen Soldaten und bezeichnete es ehrend, daß so vielen Mitgliedern Auszeichnungen und Beförderungen zuteil wurden. Von dem Verein waren über hundert zu den Fahnen einberufen, 13 fanden, so weit bis jetzt festgestellt, den Tod in fernem Lande. Ueber die Frage, ob der Verein unter den jetzt hereinbrechenden, auch für das Vereinswesen ungünstigen Verhältnissen, als solcher bestehen könne, war die Aussprache eine ausgiebige und beschloß man gegebenenfalls den Verein als Privatvereinigung aufrecht zu erhalten. Deshalb soll alsbald eine Bestandsaufnahme und Ergänzung der Turngeräte erfolgen. Auch soll vom 1. Jan. 1919 ab wieder die regelmäßige Erhebung der Mitgliedsbeiträge begonnen werden. Die gefallenen Mitglieder sollen durch Anbringung einer Gedenktafel auf dem Turnplatz gemeinsam geehrt und eine entsprechende Gedächtnisfeier vorbereitet werden. Alsdann kamen noch verschiedene Vereinsangelegenheiten zur Besprechung, worauf der Präsident die Versammlung schloß.

* Die zum Kriegswitwen- oder Kriegswaisengeld der Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen zahlbaren Zuschläge können jetzt gegen Vorzeigung der erforderlichen Bescheinigung des Gemeindevorstehers usw. über den Bezug von Familienunterstützung bei der zuständigen Postanstalt abgehoben werden.

Von nah und fern.

— Frankfurt, 9. Dez. Bei der Verteilung von Kleidungs- und Wäscheutensilien kam es vor dem Besoldungsamt in der Mainzer Landstraße zu Angriffen auf die polizeilichen Sicherheitsorgane, sodaß diese schließlich von der Waffe gebrauch machen mußten. Es wurde hierbei ein Mann getötet, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Auch sind Verletzungen infolge des Massenandranges durch die Menge selbst vorgekommen. Um weiteren derartigen Vorkommnissen vorzubeugen und um eine gerechte und geordnete Verteilung herbeizuführen, hat das Polizeipräsidium sämtliche Besoldungsscheine mit Beschlag belegt und sie zur Verteilung in einem geordneten und gerechten Verfahren den städtischen Behörden überwiesen.

Gravenwiesbach, 10. Dezbr. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag voriger Woche brach im Festhause des Landwirts und Bäckers Wilhelm Konrad Gauls dahier Feuer aus, das in kurzer Zeit Scheune und sämtliche Oekonomiegebäude in Asche legte. Das Vieh konnte gerettet werden. In der Scheune standen 4 Militärpferde, die leider samt Geschirren verbrannt sind.

Zentrumswahlverein Königstein i. T.

Am Donnerstag, den 12. Dez., abends 8 Uhr,

Versammlung

im katholischen Vereinshaus,

wozu die Vertrauensmänner des Volksvereins und die Vorstände der kath. Frauenvereine gebeten sind.

Der Vorstand.